ten Republik geworden war, sogleich zum Botschafter in Petersburg ernannt zu werden. Hier hat er das russisch-französisch-englische Komplott gegen Deutschland mit großer Fähigkeit fester und fester geschmiedet, um dann nach Ausbruch des Weltkrieges, des Zieles seiner politischen Lebensarbeit, schon im August 1914 wieder ins Auswärtige Amt einzuziehen.

Reichstag.

305. Sitzung vom 22. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Abg. Hammer (Deutschnat.), der in seinem Testament bestimmt hat, daß die Welt erst dann von seinem Tode erfahren soll, wenn er der Erde übergeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Barth (KPD.) das Wort, um dem Reichstag Kenntnis zu geben von der Meldung in der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne", wonach der Chef der Heeresleitung, General Seeckt, mit Hilfe des Reichskanzlers Cuno, der sozialdemokratischen Minister Preußens und der Oberpräsidenten den Bürgerkrieg organisiere. Das Reichswehrministerium baue die Orgeschverbände, mit denen es im Vertragsverhältnis stehe, auf breiter Grundlage auf und stelle ihnen Waffenlager zur Verfügung. Die Waffen seien reichlich vorhanden und der strategische Apparat intakt. Seeckt fordere, daß die Zivilbehörden sich auf diese Mobilmachung einstellen und die Verhaftung von Reichswehroffizieren und Zaßistenhäuptlingen aufhöre.

Wenn in diesen Mitteilungen, so bemerkt der Redner, auch nur etwas Richtiges enthalten ist, ... (Abg. Schwarzer [Bayr. Vp.]: Ich hoffe es! — Großer Lärm bei den Kommunisten, in dem die Worte des Redners untergehen. — Präsident Löbe ersucht den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.) Wir beantragen, daß die Reichsregierung aufgefordert wird, unverzüglich zu diesen Mitteilungen Stellung zu nehmen. Ich weise darauf hin, daß einzelne Mitglieder von Geheimorganisationen schon Befehl erhalten haben, sich am bestimmten Tage dort und dort einzufinden. (Hört! Hört! bei den Kommunisten. — Großer Lärm rechts und im Zentrum.) Das alles riecht bedenklich nach den Ereignissen von 1914. (Große Unruhe rechts und im Zentrum, Zurufe: Gehört das zur Geschäftsordnung? Schluß! Schluß! — Abg. Beuermann (Deutsche Vp.) ruft: Hinaus mit dem Hochverräter!)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wären die Mitteilungen der „Roten Fahne" richtig, dann müßte auch ich sie als etwas ganz Ungeheuerliches bezeichnen. Danach würde, auch unter Beteiligung meiner Partei, zum Bürgerkrieg gerüstet. Die Dinge müßten hier sobald als möglich besprochen werden, aber das kann beim nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Etat des Reichswehrministeriums, geschehen, und ich möchte daher bitten, daß sich die Redner beim ersten Punkt der Tagesordnung tunlichst beschränken.

Da ein anderer Antrag nicht gestellt ist, tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Rest des Etats des Ministeriums des Innern. Bei den Ausgaben für die Technische Nothilfe, die 95 Mill. M. betragen, wendet sich Abg. Brennig (Soz.) gegen die Technische Nothilfe überhaupt. Die angeforderten 95 Mill. M. reichen kaum für die Beamtengehälter, es ist daher zu fragen, woher die Technische Nothilfe ihre Gelder bezieht. Die Eisenbahner wollen sich ihr Streikrecht nicht nehmen lassen, aber sie sind bereit, die Notstandsarbeiten zu verrichten. Auf diesem Standpunkt stehen auch die Gewerkschaften. Mit diesen sind überdies Vereinbarungen darüber getroffen worden, was als lebenswichtiger Betrieb anzusehen ist, und wo Notstandsarbeiten verrichtet werden müssen. Die Technische Nothilfe ist eine überflüssige Einrichtung, für die wir die angeforderten Mittel nicht bewilligen werden.

Abg. Hölein (Komm.) fordert die Fortzahlung der Technischen Nothilfe, die vom Abg. Müller (Franken) gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz genommen wird.

Minister Oeser erklärt, daß die Regierung größten Wert auf die Bewilligung der Mittel für die Technische Nothilfe legt und bestreitet, daß sie von dritter Seite außeretatsmäßige Mittel erhält. — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten werden die Mittel für die Technische Nothilfe bewilligt und der Rest des Etats unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Den Bericht erstattet

Abg. Stücklen (Soz.):

Die Reichswehr zählt zurzeit 3797 Offiziere, 17941 Unteroffiziere, 76866 Gefreite und Mannschaften und 500 Sanitäts- und Veterinäroffiziere. Sie besitzt keine Reserveformationen und versorgt auch nicht irreguläre Trupps mit Ausrüstungsgegenständen. Die Beförderung ehemaliger Offiziere des alten Heeres ist mit dem 31. Dezember 1922 eingestellt worden. Verschiedentlich wurden von der Reichswehr Ehrenkompanien gestellt. Der Ausschuß hat den lebhaften Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß derartige Dinge für die Zukunft unterbleiben. Nach dem Bericht des Ministers ist die Reichswehr heute gut entwickelt und den an sie gestellten Aufgaben durchaus gewachsen. Die Preise für die Unterhaltungskosten sind ebenso wie für alles, was die Reichswehr braucht, gewaltig gestiegen. Die der Reichswehr zugestandene Munition ist zum erheblichen Teile nicht vorhanden und soll schleunigst angeschafft werden. Die Herbstübungen sollen beschränkt werden. Die Reichswehrsoldaten können nicht daran denken, zu einem erheblichen Teil Beamte zu werden, sondern müssen sich darauf einstellen, später wieder in ihrem Beruf tätig zu sein. Die Wünsche der Heeresbeamten auf andere Einstufung in die Besoldungsordnung sind der Regierung zur Erwägung überwiesen worden. Leider sind wir nicht in der Lage, alle Wünsche zu erfüllen, so berechtigt sie auch an sich sein mögen.

Reichswehrminister Dr. Geßler:

Die „Rote Fahne" bringt heute einen Artikel: „Seeckt rüstet zum Bürgerkrieg". Ich erkläre: Dieser Artikel ist nach Form und Inhalt unwahr und von Anfang bis zu Ende erfunden! (Hört, hört! rechts.)

Abg. Schöpflin (Soz.):

Unsere Hoffnungen, daß sich im Laufe der Zeit die Zustände in der Reichswehr bessern würden, haben sich nur zu einem geringen Teil erfüllt. Immer noch werden Klagen über Beschimpfungen und Mißhandlungen der Soldaten laut. Wir fordern, daß endlich einmal gegen diese Ausschreitungen mit Energie vorgegangen wird. Aber trotz dieser Mißstände ist nicht zu bestreiten, daß im inneren Aufbau der Reichswehr Fortschritte gemacht worden sind. Wir haben Schulen eingerichtet, aber die beste Schule und der beste Lehrplan geben noch keine Gewähr dafür, daß die Ausbildung und Erziehung so erfolgt, wie es in der Republik notwendig ist. Der Geist, der im Offizierkorps herrscht, ist noch immer der alte. Das Offizierkorps ist stramm monarchistisch und hat starke Neigung zu nationalistischen Experimenten. Immer noch steht das Offizierkorps der Republik im inneren Gegensatz zur Republik. Was die „Rote Fahne" heute schrieb, war schon nach der Überschrift unrichtig. Die Kommunisten haben ein Glöckleln läuten hören, aber in ihren Ohren wird auch das schönste Konzert zum Spektakel. Was soll es bezwecken, daß Sie (zu den Kommunisten) uns in diese Angelegenheit hineinziehen? Kein Orgeschmann konnte es besser auf die Verhetzung der Arbeiter untereinander anlegen als die „Rote Fahne". (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichswehrminister hat eben den Artikel der „Roten Fahne" als erfunden bezeichnet. Aber sind nicht doch Beziehungen von Offizieren zu verbotenen illegalen Organisationen da? Darauf muß uns der Minister eine klare unzweideutige Antwort geben! Die illegalen Organisationen treiben ein gefährliches Spiel und tun so, als stände die ganze Reichswehr hinter ihnen. Der Reichswehrminister ist verpflichtet, von dieser Tribüne herab Aufklärung über das Verhältnis der Reichswehr zu den Geheimbündlern zu geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind, aus gewissen Erfahrungen heraus, sehr mißtrauisch geworden. In Genauding hat ein höherer Offizier bei seinen Kameraden eine Umfrage veranstaltet und sie gebeten, zu erklären, ob sie hinter ihm stehen würden. Die Reichswehroffiziere haben in illegalen Organisationen nichts zu suchen. Darüber muß der Reichswehrminister hier volle Klarheit schaffen. Die nationalistischen Bestrebungen sind eine große Gefahr, und wir wollen nicht wieder mit verbundenen Augen dieser Gefahr entgegengehen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es gibt Organisationen, die mit dem Gedanken spielen, den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven zu machen. Kann jemand heute auf den wahnsinnigen Gedanken kommen, daß wir aktiven Widerstand leisten könnten? Die deutsche Arbeiterschaft jedenfalls will sich nicht mehr zum Opfer bringen lassen. Ohne sie kann der passive Abwehrkampf nicht durchgehalten werden, aber sie denken nicht daran, sich zu nationalistischen Zwecken mißbrauchen zu lassen. Die nationalistischen Bestrebungen gefährden den Bestand des Reiches. Wenn Deutschland angreift, so wird, nach den Worten Lloyd Georges, England sofort an die Seite Frankreichs treten.

Von dieser Tatsache haben unsere Telegraphenbureaus, mit WTB. an der Spitze, nichts gemeldet. Von diesem offiziösen Bureau ist überhaupt zu sagen, daß es ebenso lügt wie Reuter, nur — etwas dümmer. Wir brauchen jetzt alle unsere Kräfte, um unser Land zu erhalten und haben für irgendwelche unsinnigen nationalistischen Experimente keine Kräfte zur Verfügung. (Beifall bei den Soz.)

Reichswehrminister Dr. Geßler:

Für mich ist die Politik des Reichskanzlers maßgebend, und für die Heeresleitung ist maßgebend die Politik des Ministers. Wer sich gegen diese wendet, gegen den muß mit aller Schärfe vorgegangen werden, denn es kann nicht zweierlei Politik geben. Welche Politik der Reichskanzler macht, hat er erklärt. Wie lange er an ihr festhält, ist seine Sache. (Stürmische Heiterkeit links.) Der Reichskanzler ist Manns genug, in kommenden Tagen eine andere Politik zu machen. Wenn er das auf verfassungsmäßigem Wege tut, wird er das Vertrauen der Volksvertretung hinter sich haben. Von einem Volke, das täglich mißhandelt wird, können Sie nicht verlangen, daß es in allen seinen Teilen kühl und verständig ist. Wie sollte Deutschland daran denken, einen anderen Staat anzugreifen? Das wäre ein Verbrechen am deutschen Volke. Es gibt in Deutschland viele Verrückte. (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung. — Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Ich habe ja Sie nicht gemeint. (Heiterkeit. — Zwischenrufe bei den Kommunisten. — Rufe rechts, Antworten darauf: Unverschämtheit! Großer Lärm.) Es ist nicht der Sinn des Vertrages von Versailles, daß wir wehrlos von einem bis an die Zähne bewaffneten Volk uns jeden Schlag gefallen lassen müssen. Das erträgt auf die Dauer kein Volk. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte und Händeklatschen. — Stürmischer Widerspruch links.) Solange dieses Unrecht besteht, ist wenig Aussicht auf Gesundung. Glauben Sie, es sei eine Kleinigkeit, in dieser Zeit die Reichswehr bei der Gehorsamspflicht zu halten? Sie wünscht dem Kampf an der Ruhr Erfolg, muß aber da stehen, wo ihr befohlen wird. Die große Gefahr, die in den illegalen Organisationen liegt, hat die Reichsregierung zu Verhandlungen mit den Ländern genötigt, an denen der Reichswehrminister stark beteiligt war, und die schon seit Monaten schweben. General Seeckt ist an diesen Verhandlungen niemals beteiligt gewesen. Ich nehme für mich das historische Verdienst in Anspruch, daß ich an einer weltgeschichtlichen Aufgabe mitgearbeitet habe, wie sie noch von keinem Volke gelöst worden ist. (Beifall.) Ich dehne dieses Verdienst aus auf Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr. Sie haben der Regierung durch Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung in diesen kritischen Jahren ihre Aufgabe sehr erleichtert. (Beifall in der Mitte und rechts.) Ich wiederhole aber, daß es für das deutsche Volk unerträglich ist, wenn die im Versailler Vertrag vorgesehene allgemeine Abrüstung nur von uns erzwungen wird, während die übrigen Mächte immer stärker rüsten. Zur moralischen Abrüstung können wir nur kommen, wenn die ganze Welt sich dazu versteht. (Lebhafter Beifall bei den Bürgerlichen.)

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr vertagt. Außerdem Notgesetz.

•

Der Steuerausschuß

begann gestern mit der Beratung der Anträge, die zum Kapitalverkehrssteuergesetz in zweiter Lesung gestellt waren. Die Demokraten hatten einen Antrag gestellt, daß der Wert des bei Vereinigungen von Gesellschaften (Fusionen) eingebrachten Vermögens nach den Paragraphen 137 bis 139 der Reichsabgabenordnung und Paragraph 15, Abs. 4 des Vermögenssteuergesetzes berechnet werden soll, also nach dem dauernden gemeinen Wert. Das würde die Befreiung dieser Vermögensteile von der Kapitalverkehrssteuer bedeuten. Der Vertreter der Demokraten, Dr. Fischer-Köln, gab sich entschiedene Mühe, den Antrag dem Steuerausschuß schmackhaft zu machen. Mit großer Deutlichkeit wandte sich jedoch ein Regierungsvertreter gegen den demokratischen Antrag. Es handle sich hier nicht um eine Vermögenssteuer, sondern um eine Verkehrssteuer, die nach ganz anderen Grundsätzen erfaßt werden müsse. Im übrigen bedeute der demokratische Antrag einen schweren Einbruch in das Steuersystem. Es gehe zurzeit wirklich nicht an, an einzelne Steuerzahler große Geschenke zu machen.

Obwohl der deutschnationale Abg. Helfferich mit dem Antrag der Demokraten einverstanden war, empfahl er, die Lösung der auch von ihm als schwierig erkannten Frage zurückzustellen. Staatssekretär Dr. Zapf erklärte sich bereit, die Angelegenheit im Auge zu behalten, lehnte aber das Verlangen des Abg. Fischer, eine entsprechende Zusage zu machen, deutlich ab. Der Ausschuß entschied sich, die Beschlußfassung über den Antrag zurückzustellen.

Im weiteren Verlauf der Beratung verlangten die Demokraten, daß der Reichsbankpräsident zur Frage der eventuellen ständigen Wiederherstellung des Bankgeheimnisses gutachtlich gehört werde. Herr v. Havenstein erstattete darauf einen im vorigen Sommer bei den Banken, Sparkassen und Genossenschaften aufgenommenen Bericht über die Wirkung der Einführung des Bankgeheimnisses.

Er kam zu dem Schlusse, daß die Nachteile dieser steuertechnischen Verfügung größer seien, als die Vorteile. Sie bedeute eine Störung des Kreditverkehrs und eine Unterbindung des Sparertriebs, führe zur Warenhamsterei und zerstöre das Vertrauen zu den Kreditanstalten. Havenstein trat ein für die vollständige Wiedereinführung des Bankgeheimnisses und Aufhebung des Depotzwanges.

Abg. Dr. Hertz trat der Auffassung Havensteins entgegen. Man habe nicht die Materie, sondern die Wirkung zu prüfen, und da habe Havenstein nicht überzeugen können. Nach seinen Ausführungen müsse man annehmen, als sei die ganze Zerrüttung unserer Währung und der Wirtschaft allein auf die Aufhebung des Bankgeheimnisses zurückzuführen, in

---

Etwas vom Zeitungspapier.

In jedem Monat finden seit längerem die Zeitungsbezieher „ihrem Blatt" eine nicht gerade willkommene Beigabe in Gestalt eines Postscheckformulars hinzugefügt. Diesem ist in der Regel ein kleines Druckblatt angeheftet, dessen Inhalt in knappen Worten besagt, daß die „verehrl. Abonnenten" auf den bereits entrichteten Bezugspreis noch einige Hundert Mark nachzuzahlen haben. Abgesehen vom reinen fabrikmäßigen Herstellungspreis des Papieres wird dessen Gesamtpreis von den Kosten des Rohmaterials und denjenigen der immer höher gewordenen Frachtsätze bestimmt. Die Festsetzung des Druckpapierpreises ist also ein recht aktuelles Problem und im Zusammenhang mit ihm erscheint eine Abhandlung des Diplom-Ingenieurs Uhlemann-Dresden über „Holzschliff" in der Illustrierten Technischen Beilage der „Frankfurter Zeitung" von allgemeinem Interesse.

Auch der Laie weiß, daß Papier nicht nur aus Lumpen (Textilabfällen) hergestellt wird, sondern daß man dazu Holz benötigt. Hierüber hat sich schon Christian Schäffer 1772 in einem fachmännisch geschriebenen Werke geäußert. Aber erst der Webmeister Keller in Hainichen, geb. 1816, gest. 1895, ist der Bahnbrecher der Papierherstellung aus Holz gewesen. Er ist der Erfinder des Holzstoffes oder richtiger des Holzschliffes. Keller teilte allerdings das Schicksal vieler anderer Erfinder. Seine Mittellosigkeit trug die Schuld, daß er seine Erfindung nicht im erforderlichen Maße auszuwerten vermochte, und er mußte seine bereits patentierte Idee an den Papierfabrikanten Völter verkaufen, der mit Voith die Holzschleiferei weiter ausbaute und 1847 das sächsische Patent auf Holzschliffherstellung erhielt. In den folgenden Dezennien erfuhr die Holzschlifferzeugung wesentliche technische Verbesserungen. Der gewaltigen Aufwärtsbewegung des deutschen Zeitungswesens war die Herstellung eines billigen Druckpapiers ein wertvoller Faktor. Das Rollenpapier großer Zeitungen wird ausschließlich aus Holzschliff hergestellt, der mit 17—20 Proz. Zellulose gemischt ist, die ausschließlich aus Nadelhölzern (Fichte) gewonnen wird. Über die maschinelle Herstellung des Holzschliffs wie der Zellulose gibt der obengenannte Verfasser leichtfaßliche Aufklärung und belegt sie mit einer Reihe von Abbildungen, die u. a. einen Großkraftschleifer, einen Magazinschleifer, eine Holzschäl- und Spaltmaschine, sowie Mikro-Aufnahmen des Holzschliffes und des Zellstoffes zeigen. Als ein wichtiges Kapitel der Holzschleiferei werden die Abwässer bezeichnet, die den Einbau kostspieliger Kläranlagen bedingen zur Vermeidung von Verlusten an Holzfaser. Das Allgemeininteresse an der Papierherstellung wird noch dadurch erhöht, daß sich in den Flußtälern des sächsischen Erzgebirges die größte Zahl von Holzschliffereien, Zellulose- und Papierfabriken befinden, die es gibt. Die großen Industrieanlagen dieser Art in Sachsen sind hinreichend bekannt.

Warum sind die Vogelweibchen ohne Schmuck?

Die in einer Großstadt aufwachsenden Kinder haben im allgemeinen wenig Gelegenheit, naturkundliche Beobachtungen im Freien anzustellen. Befinden sich aber, wie es z. B. in Berlin der Fall ist, mit Enten bevölkerte Teiche in der Nähe der Stadt, so wird gewiß jedes Kind den oft herzlich bunt gefärbten Erpel oder Erpel von den unscheinbaren weiblichen Enten schon von weitem unterscheiden können. Auch bei anderen Vögeln ist es so; meist ist das Vogelmännchen durch besonderen Schmuck, der allerdings nicht immer so scharf hervortritt, wie bei den Enten, ausgezeichnet, während die Kleidung des Weibchens einen bescheidenen Anblick aufweist. Wenn wir fragen, warum dies so bei den Vögeln, nicht aber bei anderen Tieren ist, so kann die Antwort nur durch die Hervorhebung einer Eigentümlichkeit erfolgen, durch die sich die Vögel vor anderen Tieren auszeichnen. Die bemerkenswerte Tatsache nun, daß das Kuckuckmännchen schmucklos ist, während das Kuckuckweibchen bekanntlich seine Eier in fremde Nester legt und andere Vogelweibchen mit dem Ausbrüten der Eier betraut, hat neuerdings zur Erklärung der Schmucklosigkeit der meisten Vogelweibchen geführt. Nachdem man noch viele andere Vögel beim Brüten beobachtet hatte, fand man stets bei in der Freiheit selbstausbrütenden Vögeln schmucklose Weibchen, im anderen Falle dagegen bei Männchen und Weibchen eine gleichartige Tracht. Die Zoologen folgern nunmehr, daß die unscheinbare Tracht der brütenden Weibchen eine Schutzfärbung darstellt, durch welche die Tiere, die während des Brütens der Entdeckung und des Angriffs vieler Eierfresser und Vogelräuber ausgesetzt sein könnten, unbemerkt bleiben, sodaß hierdurch die Erhaltung der Art gefördert wird. Im Gegensatz hierzu wird dem beim Brutgeschäft gar nicht oder nur wenig beteiligten Männchen seine schöne Tracht weniger gefährlich.

Daß die Natur hierbei ganz konsequent verfährt, beweist nun der Umstand, daß da, wo andere Lebensverhältnisse vorliegen, auch andere Schutzmaßnahmen vorgesehen werden. Beim Schneehuhn finden wir z. B. bei beiden Geschlechtern im Winter eine weiße Befiederung, durch welche die Tiere dem Auge ihrer Feinde im Schnee verschwinden. Da nun aber das Weibchen den kurzen Sommer für das Brüten ausnützen muß, so verliert es, sobald die Zeit so weit vorgerückt ist, ihr weißes Kleid und nimmt ein unscheinbares, der Umgebung angepaßtes Gelb an. Der Hahn behält seine weiße Färbung oder verwandelt sie erst später in eine graue um, gewiß ein guter Beweis dafür, daß die Schmucklosigkeit der Vogelweibchen jetzt ihre richtige Erklärung gefunden hat. Prof. Dr. Alexander.

„Tell" im Schauspielhaus. Gleich vielen anderen Bühnen im Reiche veranstaltete auch das Dresdner Schauspielhaus eine „Tell"-Aufführung zugunsten der Ruhrhilfe. Sie unterschied sich von den früheren durch Unterstreichung der Aktualitäten und durch den erwarteten demonstrativen Beifall an allen irgendwie bezeichnenden Stellen. Gelegentlich — so nach dem Rütlischwur — wurde die Vorstellung auf diese Weise minutenlang unterbrochen und die Aktion ging auf das Publikum über. Im übrigen läßt sich die durchschnittliche „Tell"-Reprise feststellen, nur daß die meisten Darsteller, der Gelegenheit Rechnung tragend, stimmlich mehr aus sich herausgingen. Zumal der Inhaber der Titelrolle (Wilhelm Haardt) bot nichts Bemerkenswertes. Eher noch Alfred Meyers Geßler, zweifellos die farbigste Leistung des Abends. Die verunglückten expressionistischen Bühnenbilder stören noch immer. Am Schluß wurden die Mitwirkenden wiederholt gerufen. —r

Violinkonzert. (Federico Dávila Mirando.) Ein interessanter Fall. Ein junger Südamerikaner, aus Buenos-Aires und dort auch ausgebildet, den offenbar Studien noch nach Prag zu Marát führten. Man hörte zuerst Corelli (La Folia), dann Bach (Ciacouna) und konnte kaum etwas anderes feststellen, als ein reichlich unpersönliches Spiel und eine noch nicht ausgeglichene und etwas handgelenkschwere Technik. Ein ganz anderes Bild gewann man, als der junge Geiger darauf Edouard Lalos spanisches Konzert spielte. Auf einmal entwickelte das Spiel Temperament und damit Farbe und Leben. Man fühlte, wie die romanischen Weisen seine Seele mitschwingen ließen. Der junge Künstler, der dann noch kleine Stücke, u. a. auch von Granados und Bazzini spielte, war in sein Element gekommen. Am Klavier assistierte ihm, als Begleiter längst bekannt und geschätzt, Waldemar Liachowsky. O. S.

Robert Schumann-Abend. Das Pädagogium der Tonkunst ließ dem ersten Robert Schumann-Abend einen zweiten folgen, der allerdings in seinen Ausmaßen zu breit geriet über drei Stunden! Wohl vermag der Meister